



Steuer- und Sozialpolitik

Übung zur Vorlesung
Lehrstuhl für Finanzwissenschaft
Sommersemester 2010

Ü 14tägig Mo 12:15-13:45 und Di 8:30-10:00 ab der 19.KW.
Yvonne Gruchmann: gruchman@uni-potsdam.de



Übung Steuer- und Sozialpolitik

Termine im Sommersemester 2010 – 14tägig

Montag: 12:15-13:45 - 03.06.S26

10.05./ 17.05./ **Pfingsten**/ 31.05./ 07.06./14.06./
21.06./28.06./05.07./12.07./19.07.

Übung Gruppe 1
Übung Gruppe 3
Übung Gruppe 2
Übung Gruppe 4

Dienstag: 8:30-10:00 - 03.06.S27

11.05./ 18.05./ 25.05./ 01.06./ 08.06./ 15.06./
22.06./29.06./06.07./13.07./20.07.

- Formale Vorgaben für BA und Diplomstudiengänge beachten!
- Kopiervorlage Fiwi I, Fiwi II und Sozialökonomik im Sek. R.132
- Vorschläge Bibo: <http://info.ub.uni-potsdam.de/avorschl.php>



Fahrplan zu den Übungen

Steuerpolitik

- Grundbegriffe und Steuertariflehre
- Steuerwirkungslehre (Arbeits-Freizeit-Modell)
- Ausgewählte Steuerarten (Est., Kst., Ust.)

Sozialpolitik

- Transferökonomik
- Ausgewählte Arten der sozialen Sicherung
- Begriffsdefinitionen aus der Steuer- und Sozialpolitik

Fragen aus der Vorlesung, zu den jeweiligen Themen oder weiterführenden Punkten gern auch vorab via E-mail.



Lernbegriffe zum Steuersystem

- Steuerobjekt / Steuersubjekt / Steuertarif
- Steuerbemessungsgrundlage
- Steuerschuldner
- Steuerpflichtiger
- Steuerdestinator
- Steuerträger
- Direkte Steuer / indirekte Steuer
- Steuereinhaltung / Steuervermeidung / Steuerhinterziehung
- Edingburgher Regel
- Äquivalenzprinzip
- Leistungsfähigkeitsprinzip



Zu den Definitionsbegriffen (die Gliederungsnummerierung dient lediglich zur einfacheren Zuordnung zum Vorlesungsskript):

A.2.1.1. Steuersubjekt

- **Steuerpflichtiger:** Person oder Personengemeinschaft, die zur Zahlung der Steuer verpflichtet ist
- **Steuerschuldner:** Person oder Personengemeinschaft, die den Tatbestand erfüllt, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft (juristisch)
 - St.pfl.=St.sch., Bsp. Arbeitnehmer-Arbeitgeber bei der ESt.
- **Steuerträger:** Person oder Personengemeinschaft, auf der die Steuerlast letztlich ruht (ökonomisch)
- **Steuerdestinatar:** Person, die nach Absicht des Gesetzgebers die Steuer tragen soll
 - Infolge von Überwälzungsprozessen ist es möglich, dass Steuerschuldner und Steuerträger nicht übereinstimmen, Bsp. Senkung der MwSt für Hotelübernachtungen.



Zu den Definitionsbegriffen:

A.2.1.2. Steuerobjekt - Steuergegenstand

Tatbestand, dessen Vorhandensein den Anlass zur Steuererhebung bildet, Bsp. Einkommen aus Arbeit

- Die *Steuerbemessungsgrundlage* quantifiziert den Steuergegenstand. Nach ihr wird die Steuerschuld bzw. der Steuerbetrag errechnet.

Steuerobjekt → Bemessungsgrundlage x

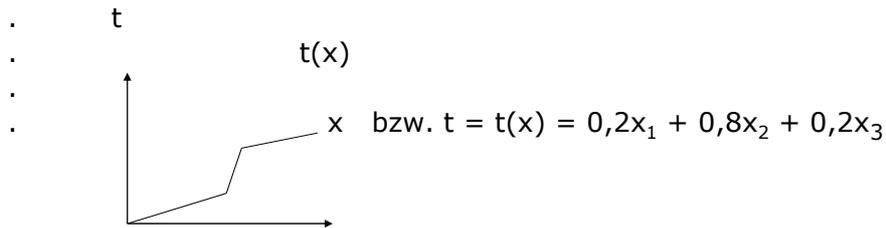
(Bemessungsgrundlage kann Einkommen, Konsum und/oder Vermögen sein – je nach Ansichten zur Steuerwirkung und der resultierenden Lastenverteilung)



Zu den Definitionsbegriffen:

A.2.1.3. Steuertarif (grafisch: Steuerbetragsfunktion)

- die bei einer bestimmten Steuer geltende funktionale und somit eindeutige Beziehung zwischen Steuerbemessungsgrundlage und Steuerbetrag.
- Aus ihm lässt sich der zu entrichtende Steuerbetrag t (Steuerschuld) bei einer bestimmten Höhe der Steuerbemessungsgrundlage x ablesen oder errechnen.



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

7



Zu den Definitionsbegriffen:

A.2.2.1. Zum Steuertarif

- Steuerbetrag (t): absolute Größe der (in Geldeinheiten ausgedrückten) Steuerschuld bei einer bestimmten Größe der Steuerbemessungsgrundlage (x).

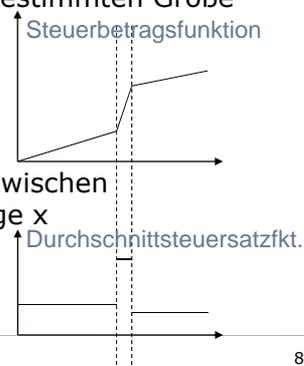
Steuerbetragsfunktion:

$$t = t(x)$$

- Durchschnittssteuersatz (\bar{t}): Verhältnis zwischen Steuerbetrag t und Bemessungsgrundlage x

Durchschnittssteuersatzfunktion:

$$\bar{t} = t/x = t(x)/x$$



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

8



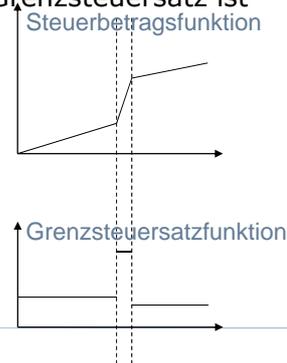
Zu den Definitionsbegriffen:

A.2.2.1. Zum Steuertarif

- Grenzsteuersatz: erste Ableitung der Steuerbetragsfunktion im Sinne der Differentialrechnung. Der Grenzsteuersatz ist somit ebenfalls eine Funktion der Steuerbemessungsgrundlage.

Grenzsteuersatzfunktion:

$$t' = dt/dx = dt(x)/dx$$



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

9



Klausuraufgabe 1 aus dem WS 2008/2009

Steuern haben einen unmittelbaren Einfluss auf das Arbeitsangebotsverhalten der privaten Haushalte.

- Verdeutlichen Sie grafisch die unterschiedliche Wirkung einer Kopfsteuer und einer proportionalen Einkommenssteuer auf das Arbeitsangebot. Das **Steueraufkommen** soll in diesem **Einkommens-Freizeit-Modell** bei beiden Steuerarten **identisch** sein. (8 Pkt.) – **hypoth. Kopfst. → EE → SE, s.F.19 u. 20**
- Beurteilen Sie kurz beide Varianten aus wohlfahrtstheoretischer Sicht. (4 Pkt.) – **Excess Burden durch SE aufgrund des Eingriffs in das ursprüngliche Preisverhältnis von Arbeit und Freizeit (statt nur EE bei Kopfsteuer) trotz Verwendung der Steuereinnahmen zur Wohlfahrtssteigerung. Verlust entspricht der Nutzendifferenz zwischen I_E und I_A .**
- Wenn eine dieser Steuern aus wohlfahrtstheoretischer Sicht vorteilhafter erscheint, warum kommt sie dann in der Realität so selten zur Anwendung? (2 Pkt.) – **Regressivität und Steuergerechtigkeit**
Bitte charakterisieren Sie die beiden Steuertariftypen anhand geeigneter Größen und stellen die Steuerbetrags-, Grenzsteuersatz- und Durchschnittssteuersatzfunktion grafisch dar. (6 Pkt.) – **Tariflehre, s.f.F.**

SS 2010

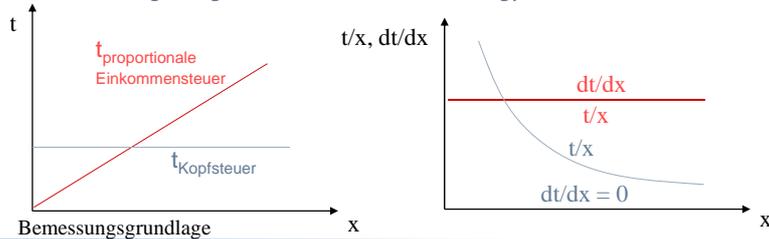
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

10



Klausuraufgabe 1 aus dem WS 2008/2009 – Teil c, 2.er Teil

- c – Teil 2) Bitte charakterisieren Sie die beiden Steuertariftypen (Kopfsteuer, proportionale Einkommensteuer) anhand geeigneter Größen und stellen die Steuerbetrags-, Grenzsteuersatz- und Durchschnittssteuersatzfunktion grafisch dar. (6 Pkt.) – [siehe auch Tariflehre](#)
- c – Teil 1) ..., warum kommt sie dann in der Realität so selten zur Anwendung? Wie man sehen kann, wirkt eine Kopfsteuer stark regressiv, das heißt die durchschnittliche Belastung sinkt mit zunehmendem Einkommen → Verletzung des Leistungsfähigkeitsprinzips, insbesondere der vertikalen Steuergerechtigkeit (höhere Leistungsfähigkeit → höherer Steuerbetrag)



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

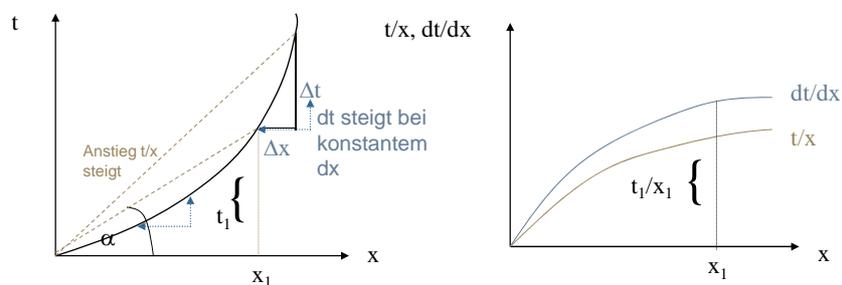
11



Zur Tariflehre:

A.2.2.1. Beispiel direkt progressiver Tarif: Steuerbetrags-, Durchschnitts- und Grenzsteuersatzfunktion

← Vergleichsrelation, dt und dx konstant



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

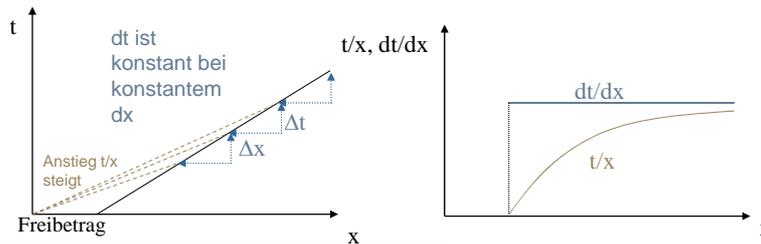
12



Zur Tariflehre:

A.2.2.2. Beispiel proportional-progressiv: Indirekte Progression

Indirekte Progression durch Vorschalten eines Freibetrags vor einen proportionalen Tarif. Durchschnittssteuersatz nimmt mit steigender Bemessungsgrundlage zu und nähert sich einem im gesamten Bereich der Bemessungsgrundlage konstanten Grenzsteuersatz asymptotisch an.



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

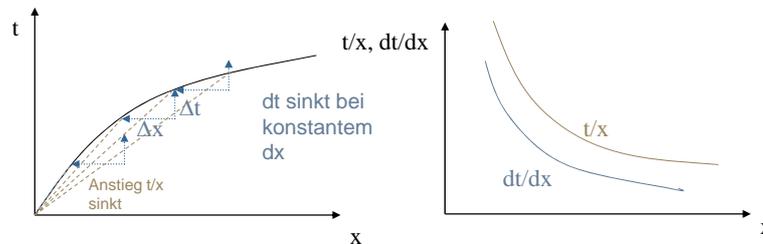
13



Zur Tariflehre:

A.2.2.2. Tariftypen: Direkte Regression

Mit steigender Bemessungsgrundlage sinken sowohl der Durchschnitts- als auch der Grenzsteuersatz. Der Grenzsteuersatz liegt unter dem Durchschnittssteuersatz. Analog zur Progression lassen sich eine lineare, beschleunigte und verzögerte Regression unterscheiden.



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

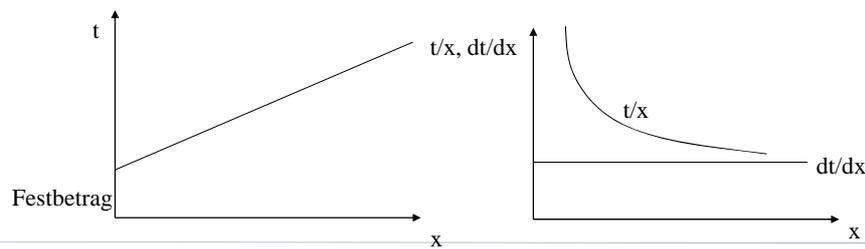
14



Zur Tariflehre:

A.2.2.2. Tariftypen: Indirekte Regression

Indirekte Regression durch Vorschalten eines Festbetrags (Kopfsteuer oder lump-sum-tax) vor einen proportionalen Tarif. Durchschnittssteuersatz fällt mit steigender Bemessungsgrundlage und nähert sich einem im gesamten Bereich der Bemessungsgrundlage niedrigeren, konstanten Grenzsteuersatz asymptotisch an.



SS 2010

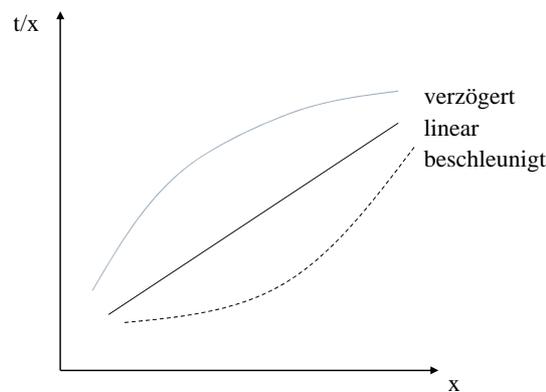
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

15



Zur Tariflehre:

$\bar{t}'' < 0$ verzögerte Progression



SS 2010

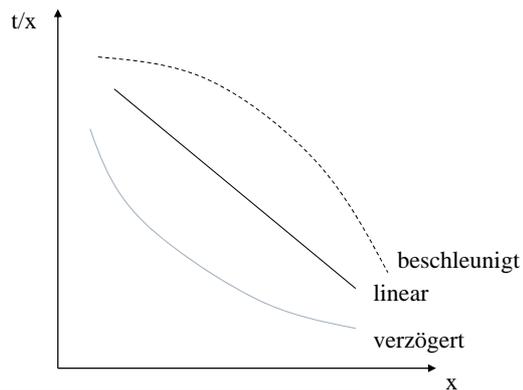
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

16



Zur Tariflehre:

$\bar{t}'' > 0$ verzögerte Regression



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

17



zur Tariflehre:
(geändert Stand 15.06.)

A.2.2.5. Progressionsmaße

Progressionsgrad: erste Ableitung der Durchschnittssteuersatzfunktion

$$\bar{t}' = \frac{d(t/x)}{dx} = \frac{1}{x} \frac{d(t/x)}{d(t/x)}$$

> 0 Progression
 $= 0$ Proportionalität
 < 0 Regression

Progressionstyp: zweite Ableitung der Durchschnittssteuersatzfunktion

$$\bar{t}'' = \frac{d^2(t/x)}{dx^2}$$

> 0 beschleunigte Progression,
 $= 0$ lineare,
 < 0 verzögerte Progression.

$$\bar{t}'' = \frac{d^2(t/x)}{dx^2}$$

> 0 verzögerte Regression,
 $= 0$ lineare,
 < 0 beschleunigte Regression.

SS 2010

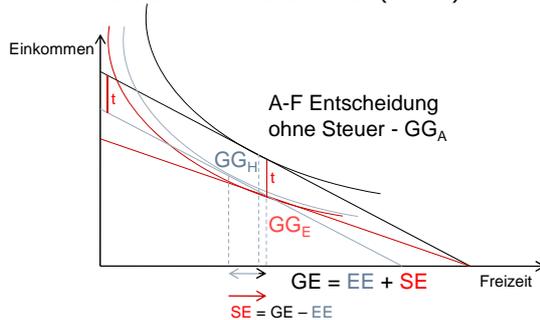
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

18



Klausuraufgabe 1 aus dem WS 2008/2009 – Teil a)

- a) Verdeutlichen Sie grafisch die unterschiedliche Wirkung einer Kopfsteuer und einer proportionalen Einkommenssteuer auf das Arbeitsangebot. Das Steueraufkommen soll in diesem Einkommens-Freizeit-Modell bei beiden Steuerarten identisch sein. (8 Pkt.) – fiktive Kopfsteuer EE , $GE-EE=SE$



Ausgangssituation ohne Besteuerung

Endsituation nach proportionaler Est.

Aufkommensgleiche (hypoth.) Kopfsteuer

! Hierbei handelt es sich lediglich um die klassische Slutsky-Zerlegung, siehe Petersen Fiwi I, S.285 !

SS 2010

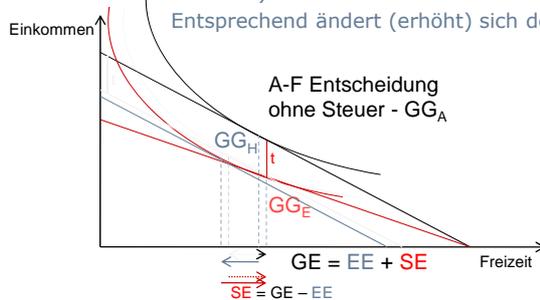
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

19



Klausuraufgabe 1 aus dem WS 2008/2009 – Teil a)

- a) alternativ: Man geht weg von der Aufkommensneutralität und unterstellt die Endsituation nach einer prop. Est. als Referenzsituation für den maximal tragbaren Nutzenverlust I_A nach I_E . Hierbei erhalten wir den EE aus dem an dieses Nutzenniveau angelegtes „Ausgangs“-Preisverhältnis (Parallelverschiebung an das rote Nutzenniveau). Der EE verstärkt sich i.V. zur Slutsky-Zerlegung.



Ausgangssituation ohne Besteuerung

Endsituation nach proportionaler Est.

Aufkommensreichere (hypoth.) Kopfsteuer

! Die klassische Slutsky-Zerlegung ist zum Vergleich gepunktet hinterlegt, hier Anlehnung an Hicks !

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

20



Verständnisfragen zur Tariflehre und zum Einkommens-Freizeit-Modell:

- Wodurch ist eine indirekte Steuer gekennzeichnet?
 - Bei welcher Darstellungsmethode des Einkommens-Freizeitmodells (in Anlehnung an Slutsky oder Hicks) ist der Substitutionseffekt höher?
 - Was ist der Unterschied zwischen einem Freibetrag und einer Freigrenze?
 - Welcher Teil der ESt. sorgt für vertikale, welcher für horizontale Gerechtigkeit?
 - Ist die reine Konsumbesteuerung horizontal gerecht?
 - Ist die Maut eine „Steuer“ nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip? Wenn Nein, wie wird diese „Steuer“ gerechtfertigt?
- (PS: Wenn die Frage so gestellt wird, kritisiert bitte die Frage! Hierbei handelt es sich um eine Gebühr!)
- Wie muss eine Einkommensteuer ausgestaltet sein, um eine gleichmäßigere Einkommensverteilung herbei zu führen?

SS 2010

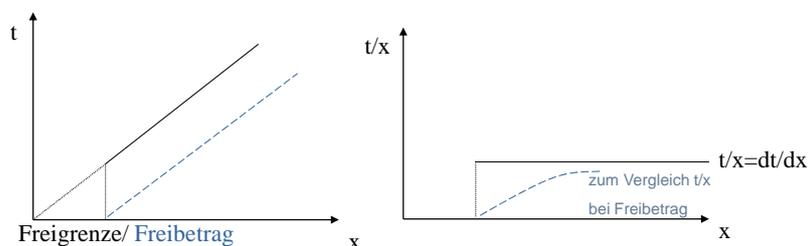
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

21



Zur Unterscheidung von Freibetrag und Freigrenze:

A.2.2.2. Tariftypen: Wirkung einer Freigrenze



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

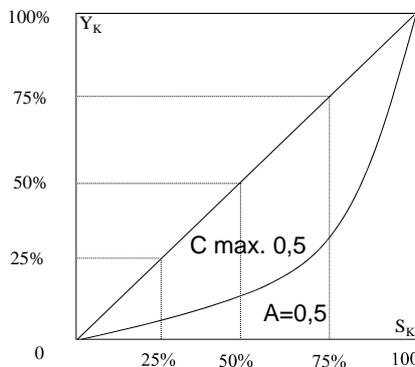
22

Zu versteuerndes Einkommen	2009			2010		
	Steuerbetrag	Steuersatz	Grenzsteuersatz	Steuerbetrag	Steuersatz	Grenzsteuersatz
8.000 €	23 €	0,3%	14,3%	- €	0,0%	0,0%
8.500 €	97 €	1,1%	15,3%	71 €	0,8%	14,9%
9.000 €	176 €	2,0%	16,2%	148 €	1,6%	15,8%
9.500 €	259 €	2,7%	17,1%	229 €	2,4%	16,7%
10.000 €	347 €	3,5%	18,1%	315 €	3,2%	17,6%
10.500 €	440 €	4,2%	19,0%	406 €	3,9%	18,6%
11.000 €	537 €	4,9%	20,0%	501 €	4,6%	19,5%
11.500 €	639 €	5,6%	20,9%	600 €	5,2%	20,4%
12.000 €	746 €	6,2%	21,8%	705 €	5,9%	21,3%
12.500 €	857 €	6,9%	22,8%	813 €	6,5%	22,2%
13.000 €	974 €	7,5%	23,7%	927 €	7,1%	23,1%
14.000 €	1.215 €	8,7%	24,4%	1.165 €	8,3%	24,2%
15.000 €	1.460 €	9,7%	24,8%	1.410 €	9,4%	24,7%
16.000 €	1.711 €	10,7%	25,3%	1.659 €	10,4%	25,1%
17.000 €	1.966 €	11,6%	25,7%	1.912 €	11,2%	25,6%
18.000 €	2.225 €	12,4%	26,2%	2.171 €	12,1%	26,0%
19.000 €	2.490 €	13,1%	26,6%	2.433 €	12,8%	26,5%
20.000 €	2.758 €	13,8%	27,1%	2.701 €	13,5%	27,0%
21.000 €	3.032 €	14,4%	27,6%	2.972 €	14,2%	27,4%
22.000 €	3.309 €	15,0%	28,0%	3.249 €	14,8%	27,9%
23.000 €	3.592 €	15,6%	28,5%	3.530 €	15,3%	28,3%
24.000 €	3.879 €	16,2%	28,9%	3.815 €	15,9%	28,8%
26.000 €	4.466 €	17,2%	29,8%	4.400 €	16,9%	29,7%
28.000 €	5.072 €	18,1%	30,7%	5.004 €	17,9%	30,6%
30.000 €	5.696 €	19,0%	31,6%	5.625 €	18,8%	31,5%
32.000 €	6.338 €	19,8%	32,6%	6.265 €	19,6%	32,4%
34.000 €	6.998 €	20,6%	33,5%	6.923 €	20,4%	33,4%
36.000 €	7.677 €	21,3%	34,4%	7.599 €	21,1%	34,3%
38.000 €	8.373 €	22,0%	35,3%	8.294 €	21,8%	35,2%
40.000 €	9.088 €	22,7%	36,2%	9.007 €	22,5%	36,1%
42.000 €	9.821 €	23,4%	37,1%	9.738 €	23,2%	37,0%
44.000 €	10.573 €	24,0%	38,0%	10.488 €	23,8%	37,9%
46.000 €	11.343 €	24,7%	38,9%	11.256 €	24,5%	38,9%
48.000 €	12.130 €	25,3%	39,8%	12.042 €	25,1%	39,8%
50.000 €	12.936 €	25,9%	40,8%	12.847 €	25,7%	40,7%
52.000 €	13.761 €	26,5%	41,7%	13.669 €	26,3%	41,6%
54.000 €	14.616 €	27,1%	42,0%	14.508 €	26,9%	42,0%
56.000 €	15.456 €	27,6%	42,0%	15.348 €	27,4%	42,0%
58.000 €	16.296 €	28,1%	42,0%	16.188 €	27,9%	42,0%
60.000 €	17.136 €	28,6%	42,0%	17.028 €	28,4%	42,0%
64.000 €	18.816 €	29,4%	42,0%	18.708 €	29,2%	42,0%
68.000 €	20.496 €	30,1%	42,0%	20.388 €	30,0%	42,0%
72.000 €	22.176 €	30,8%	42,0%	22.068 €	30,7%	42,0%
76.000 €	23.856 €	31,4%	42,0%	23.748 €	31,2%	42,0%
80.000 €	25.536 €	31,9%	42,0%	25.428 €	31,8%	42,0%



Inwieweit bildet die Lorenzkurve die Steuergerechtigkeit ab?

A.2.2.6. Steuerlastverteilung und Lorenzkurve



Ginikoeffizient (G) = C/A

Wenn C maximal → G=1 → starke UGV

Wenn C minimal → G=0 → GV

Folgende fiktive Situation: Der Staat besteht aus 100 HH. Eine Einkommensverteilung ist gegeben:

- $Y_1=Y_2=...=Y_{10}=8.000$ Eur
 - $Y_{11}=Y_{12}=...=Y_{20}=16.000$ Eur
 - $Y_{21}=Y_{22}=...=Y_{30}=32.000$ Eur
 - $Y_{31}=Y_{32}=...=Y_{40}=64.000$ Eur
 - $Y_{41}=Y_{42}=...=Y_{50}=128.000$ Eur
 - $Y_{51}=Y_{52}=...=Y_{60}=256.000$ Eur
 - $Y_{61}=Y_{72}=...=Y_{70}=512.000$ Eur
 - $Y_{71}=Y_{72}=...=Y_{80}=1.024.000$ Eur
 - $Y_{81}=Y_{82}=...=Y_{90}=2.048.000$ Eur
 - $Y_{91}=Y_{92}=...=Y_{100}=3.072.000$ Eur
- „BIP“ = 71.600.000 Euro
 Steuertarif: $t=(Y-8000)*0,25$

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
 Modul BA Ü 400 Fiwi

Vergl. Lorenzkurve Y_{Brutto} mit $y_{\text{vert}} 24$



Lorenzkurve Einkommen vs. verfügbares Einkommen bei progressiver Est. – Beispielrechnung (unvollständig)

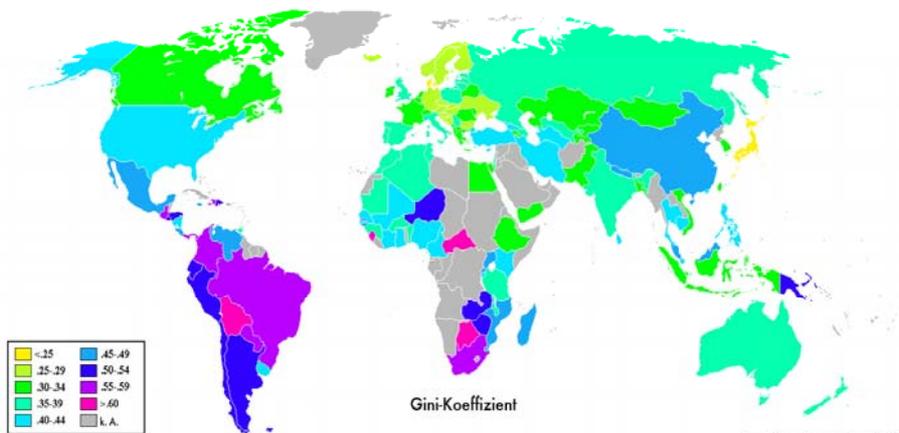
I	HH _i	Y _i -in 1000 Euro-	Anteil Y von Hh _i	Summe	T _i -in 1000 Euro-	Anteil T von HH _i	Summe	Y _{verf} -in 1000 Euro-	Anteil Y _v von Hh _i Summe →
1-10	10	8	0,11	0,11	0	0	0	8	0,15
11-20	10	16	0,22	0,33	2	0,11	0,11	14	0,26
21-30	10	32	0,45	0,78	6	0,34	0,46	26	0,48
31-40	10	64	0,89	1,67	14	0,79	1,24	50	0,93
41-50	10	128	1,79	3,46	30	1,69	2,94	98	1,82
51-60	10	256	3,58	7,04	62	3,50	6,44	194	3,60
61-70	10	512	7,15	14,19	126	7,12	13,56	386	7,16
71-80	10	1.024	14,30	28,49	254	14,35	27,91	770	14,29
81-90	10	2.048	28,60	57,09	510	28,81	56,72	1538	28,53
91-100	10	3.072	42,91	100,0	766	43,28	100,0	2306	42,78
100%		7.160	100		1.770	100		5390	100

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

25



Verteilung des G über die Welt nach UN



http://hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_EN_Complete.pdf

Source: UN Human Development Report 2007/2008

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

26



HDI rank	Survey year	MDS Share of income or expenditure (%)				Inequality measures			
		Poorest 10%	Poorest 20%	Richest 20%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^a	Richest 20% to poorest 20% ^a	Gini Index ^b	
HIGHER HUMAN DEVELOPMENT									
1	Norway	2000*	3.9	9.6	37.2	23.4	6.1	3.9	25.8
2	Norway	1994*	2.0	5.9	41.3	25.4	12.5	7.0	35.2
4	Canada	2000*	2.6	7.2	39.9	24.8	9.4	5.5	32.6
5	Ireland	2000*	2.9	7.4	42.0	27.2	9.4	5.6	34.3
9	Sweden	2000*	3.6	9.1	39.6	22.2	9.2	4.0	25.0
7	Switzerland	2000*	2.9	7.6	41.3	25.9	9.0	5.5	33.7
8	Japan	1993*	4.8	10.6	35.7	21.7	4.5	3.4	24.9
9	Netherlands	1999*	2.5	7.6	39.7	22.9	9.2	5.1	30.9
10	France	1995*	2.8	7.2	40.2	25.1	9.1	5.6	32.7
11	Finland	2000*	4.0	9.6	36.7	22.6	5.6	3.8	26.9
12	United States	2000*	1.9	5.4	45.8	29.9	15.9	8.4	40.6
13	Spain	2000*	2.6	7.0	42.0	26.6	10.3	6.0	34.7
14	Denmark	1997*	2.6	8.3	35.8	21.3	8.1	4.3	28.7
15	Austria	2000*	3.3	8.6	37.6	23.0	6.9	4.4	29.1
16	United Kingdom	1999*	2.1	6.1	44.0	28.5	13.8	7.2	36.0
17	Belgium	2000*	3.4	8.5	41.4	28.1	8.2	4.9	33.0
18	Luxembourg
19	New Zealand	1997*	2.2	6.4	43.8	27.8	12.5	6.8	36.2
20	Italy	2000*	2.3	6.5	42.8	26.8	11.6	6.5	36.0
21	Hong Kong, China (SAR)	1996*	2.0	5.3	50.7	34.9	17.8	9.7	43.4
22	Germany	2000*	3.2	8.5	36.9	22.1	6.9	4.3	28.3
23	Ireland	2001*	2.1	5.7	44.9	28.8	13.4	7.9	39.2
24	Greece	2000*	2.5	6.7	41.5	26.0	10.2	6.2	34.3
25	Singapore	1998*	1.9	5.0	49.0	32.8	17.7	9.7	42.5
26	Korea (Republic of)	1998*	2.9	7.9	37.5	22.5	7.8	4.7	31.6
164	Malawi	2004-05*	2.9	7.0	46.6	31.8	10.9	6.7	39.0
165	Zambia	2004*	1.2	3.6	55.1	38.8	32.9	15.3	50.8
166	Cote d'Ivoire	2002*	2.0	5.2	50.7	34.0	16.6	9.7	44.6
167	Burundi	1998*	1.7	5.1	48.0	32.8	19.3	9.5	42.4
168	Congo (Democratic Republic of the)
169	Ethiopia	1999-00*	3.9	9.1	39.4	25.5	6.6	4.3	30.0
170	Chad
171	Central African Republic	1995*	0.7	2.9	65.0	47.7	69.2	33.7	61.3
172	Mozambique	2002-03*	2.1	5.4	53.6	39.4	18.8	9.9	47.3
173	Mali	2001*	2.4	6.1	48.6	30.2	12.5	7.6	40.1
174	Niger	1995*	0.8	2.6	59.3	35.4	48.0	20.7	50.5
175	Ghana-Bissau	1993*	2.1	5.2	53.4	39.3	19.0	10.3	47.0
176	Burkina Faso	2003*	2.8	6.9	47.2	32.2	11.6	6.9	39.5
177	Sierra Leone	1989*	0.5	1.1	63.4	43.6	67.2	57.6	62.9



Klausur Steuerlehre SS 2000

1. Gegeben sei die folgende Einkommensverteilung

Anzahl Personen - Einkommen pro Person in Geldeinheiten

	HH-Anteil	Eink.Anteil	Kum.I	Kum.II
1000 - 5000	0,4	0,2	0,4	0,2
1000 - 10000	0,4	0,4	0,8	0,6
500 - 20000	0,2	0,4	1	1

- Erläutern Sie die Verteilungsmaße Gini-Koeffizient und Lorenzkurve.
- Stellen Sie für die gegebene Verteilung die Lorenzkurve dar und berechnen Sie den Gini-Koeffizienten.
- Es wachsen alle Einkommen um einheitlich 10 %. Berechnen Sie den neuen Gini-Koeffizienten.

Gini-Koeff. I	Gini-Koeff. II
$(F_G - F_{UL})/0,5$	



Klausur WS 2000/2001

1. b) Ermitteln Sie aus folgenden Informationen Tarifbetragsfunktion, Grenzsteuersatz und Durchschnittssteuersatz und ordnen Sie die Tarife einem Tariftyp zu. (je 1,5)

b1) $t(x) = x^{0,5}$

b2) $t'(x) = 4x$

b3) $t(x)/x = 0,5x^{0,5}$

Siehe Folie 18 aus Übungsrunde 1

SS 2010

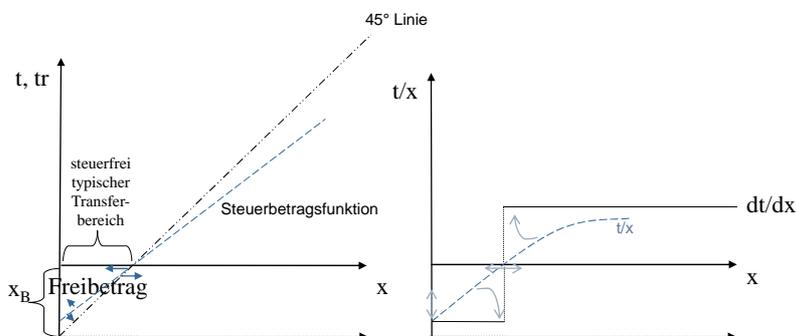
Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

29



Zur Integration des Steuer- und Transfersystems – Negative Einkommenssteuer

Hinführung Transfer...



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

30



Klausur SS 2006

1. Klare begriffliche Abgrenzungen und gute inhaltliche Strukturierungen theoretischer Erkenntnisse erleichtern die Beurteilung von Steuern und Steuersystemen.

- a) Definieren Sie zunächst den Begriff *Steuern* (2 Pkt.) aus finanzwissenschaftlicher Perspektive und gliedern Sie Steuern nach den Kriterien Steuerzweck (4 Pkt.) und Überwälzbarkeit (6 Pkt.). Nutzen Sie bei der expliziten Erläuterung der Kriterien bzw. ihrer Ausprägungen auch Beispiele. Hinweis: Die Kriterien beinhalten jeweils zwei Ausprägungen.
- b) Bei der Integration des Transfersystems in das Einkommensteuersystem können zwei Grundtypen unterschieden werden. Beschreiben Sie unter Zuhilfenahme einer oder mehrerer Graphiken die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des „social-dividend-type“ und des „poverty-gap-type“ und unterziehen Sie dabei beide Ansätze einer kritischen Würdigung. Gehen Sie u. a. auch auf das verfügbare Einkommen ein. (8 Pkt.)

Hinweis: Zur Vereinfachung sei hier ein konstanter Transferabbau- bzw. Grenzsteuersatz von 25 % angenommen. Des Weiteren seien 10.000 € das soziokulturelle Existenzminimum, ab dem erst die Leistungsfähigkeit einsetzt.

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

31



Integriertes Steuer- und Transfersystem

Merkmale:

- Grundeinkommen
- Einheitliche Bemessungsgrundlage

Integrierbare Steuern:

- Personelle Einkommenssteuern
mit Gegenleistungsfreiheit nach AO

Integrierbare Transfers

- Sozialleistungen nach dem Fürsorge-, Versorgungsprinzip
kein Versicherungsprinzip

Beispiel: Kronberger Kreis $T_1 = -9.000 + 0,5x$ - implizite Besteuerung

$T_2 = 0,3(x - 18.000)$ - explizite Besteuerung

Literatur: Kronberger Kreis (1986): Bürgersteuer – Entwurf einer Neuordnung von direkten Steuern und Sozialleistungen.

Vorteile?

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

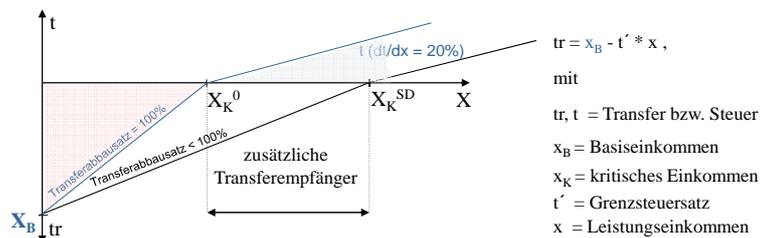
32



Zum Social Dividend Type:

A.2.2.4. Tarife von Negativsteuern - Social Dividend Type:

Es wird jedem Bürger ein so genanntes Basiseinkommen (basic allowance) ausgezahlt (ohne Bedürftigkeitsprüfung) bzw. auf seine eventuell zu entrichtende Einkommensteuer (ohne weitere Freibeträge) angerechnet (Rhys-Williams 50er Jahre).



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

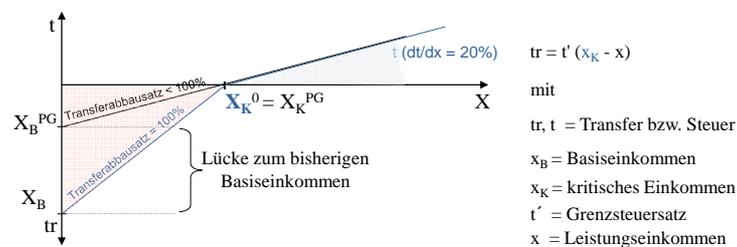
33



Zum Poverty Gap Type:

A.2.2.4. Tarife von Negativsteuern - Poverty Gap:

Auf ein zuvor festgelegtes Basiseinkommen wird der Steuertarif angewendet (Friedman 1962). Es soll nur ein Teil der Armutslücke geschlossen werden, um Arbeitsanreize zusätzlich zum TAS zu erhalten.

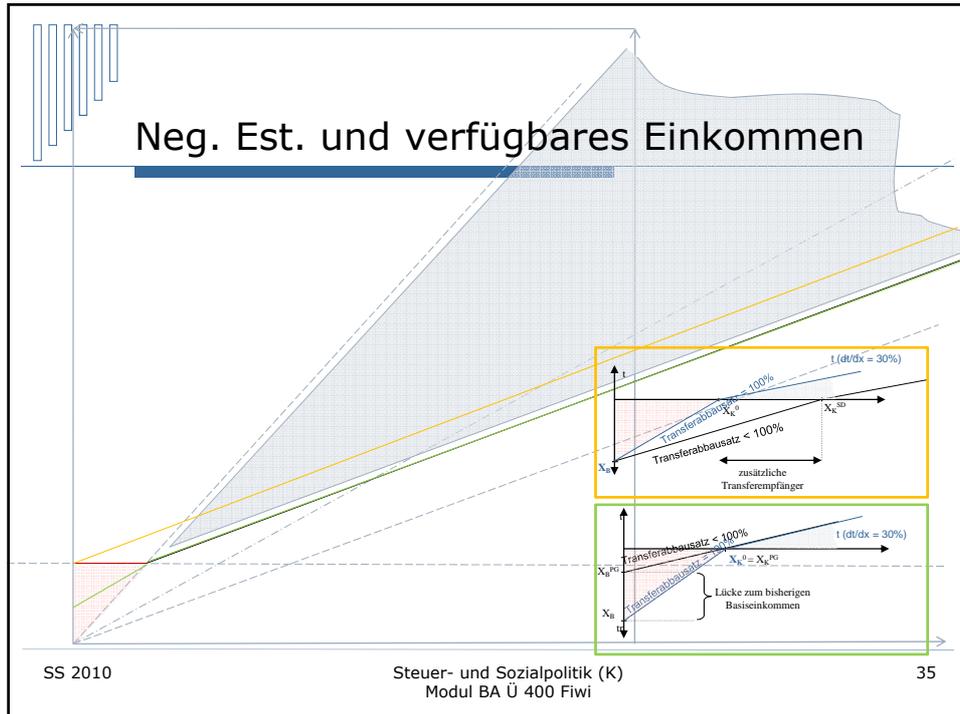


SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

34

Neg. Est. und verfügbares Einkommen



Weitere Begriffe:

- Freibetrag
- Freigrenze
- Gini-Koeffizient
- Lorenzkurve
- Negative Einkommenssteuer
- Transferabbausatz
- Social Dividend Type
- Poverty Gap Type
- Sicherungstransfer
- Basiseinkommen
- Kritisches Einkommen



Steuerpolitik vs. Sozialpolitik

- Wdhlg. Negative Einkommenssteuer: Konzept, um Steuer- und Transferbereich über eine Integration des Transferbereichs in die Besteuerung zu vereinfachen → Sowohl Steuer- als auch Sozialpolitik.
- Steuerpolitik: a) fiskalpolitischer b) allokativer c) distributiver d) konjunkturpolitischer Steuerzweck. C) stellt sozialpolitischen Bereich dar, auch wenn die Gestaltung hier über die Steuerpolitik erfolgt. → Aufgaben Ehegattensplitting
- Sozialpolitik beinhaltet daneben institutionellen Rahmen zur Absicherung gesellschaftlicher (demografischer Wandel, Umwelt) und individueller Risiken (Langlebigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall). → Übersicht Sozialversicherungssysteme

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

37



Klausur SS 2001 – Teil 1

2. Das Ehegattensplitting im deutschen Einkommenssteuerrecht wird oftmals als wichtiger Bestandteil der Familienförderung betrachtet.
- a) Beschreiben Sie das derzeit geltende System des Ehegattensplitting. Steuerbetrag_{HHverh} = 2 [Tarif ((Y_A + Y_B)/2)] (oder grafische Darstellung)
- In Verbindung mit einem direkt/indirekt progressiven Tarif und einer Einkommenszusammensetzung des HH in der Y_A < Y_B, erhält der verheiratete HH einen Steuervorteil (Splittingvorteil) gegenüber einem nicht ehelichen HH durch „Verdurschnittlichung“ des Einkommens pro Kopf und demnach Senkung der angewendeten Progressionsstufe auf das HH-Einkommen.
- b) Weshalb ist bei welcher Einkommenskonstellation der absolute Splittingvorteil maximal?
- Die größte Reduzierung der Progressionsstufe im Vergleich zur Individualbesteuerung und somit den maximalen Splittingvorteil erhält man bei einer „Einverdienerehe“.

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

38



Klausur SS 2001 – Teil 2

2c) Welche Begründung wird für die Existenz eines Ehegattensplittings angeführt?

Historische Begründung: Steuerliche Förderung der Arbeitsteilung Haus/Kinder – Beruf als Familien fördernde Maßnahme

Aktueller Rechtfertigungsversuch: streitbar, Für- und Gegenargumente...

d) Welche Auswirkungen hat das Splittingsystem im Vergleich zu einer Situation ohne Splitting auf die Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern?

Ehepartner mit höherem Einkommenspotential spart für den HH Steuern, Ehepartner mit geringerem Einkommenspotential durch bspw. Erwerbsunterbrechung, geringerer Bildung, AL etc. hat geringe Anreize für Hinzuverdienst, da das zusätzlich generierte Einkommen, dem Einkommensverlust durch Abschmelzung des Splittingvorteils gegenüber steht, Stichwort Grenzbelastung...

e) Wie wirkt beim Ehegattensplitting ein Flatratetarif?

Hierbei ergibt sich kein Splittingvorteil, EGS wirkungslos.

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

39



Klausur hyp. – Teil 1

Die Familie steht in Dt. unter besonderem grundgesetzlichen Schutz. Ein Instrument der Familienpolitik ist das sogenannte Ehegattensplitting.

a) Beschreiben Sie das Grundprinzip des Ehegattensplittings. (2Pkt) siehe vorherige Aufgabe!

b) Angenommen die Einkommensbesteuerung erfolgt über einen indirekt progressiven Tarif mit einem Grenzsteuersatz von 25% und einem Freibetrag von 30.000 Euro. Zeigen Sie die Wirkung des EGS bei drei verschiedenen (Basis 100.000) Einkommensverteilungen innerhalb der steuerpflichtigen Ehepartner (100/0; 50/50; 75/25). Gehen Sie dabei besonders auf die Entwicklung des Splittingvorteils in Abh. v. Einkommen ein. (12Pkt)

gg: Tarif: $t = (Y - 30.000) \cdot 0,25$; Fall1: $Y_A = 0 \text{ € } Y_B = 100.000 \text{ €}$;
Fall2: $Y_A = 25.000 \text{ € } Y_B = 75.000 \text{ €}$; Fall3: $Y_A = Y_B = 50.000 \text{ €}$

Lösung:

Zu zahlende Steuer des HH bei Eheschließung in Fall1 = Fall2 = Fall3 = 10.000 €

Zu zahlende Steuer des nicht ehelichen HHs

Fall1 = 17.500 €; Fall2 = 11.250 €; Fall3 = 10.000 €

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

40



Klausur hyp. – Teil 2

Maximale Differenz zw. HHen im Steuerbetrag=7.500€ => max SV und verbale Erläuterungen zum Vorgehen ...

c) Unterziehen Sie das EGS einer kritischen Würdigung und nennen Sie Alternativen. (6Pkt)

Kritikansatzpunkte

- Beachtung des Tatbestandes Kinderzahl
- Wandel im Familienbild, klassische Arbeitsteilung, Hausfrauenehe
- Alleinerziehende
- Haushaltsbetrachtung im Transferbereich von der Ehe unabhängig im Steuerbereich von der Ehe abhängig
- höherer SV bei höherem Einkommen

Alternativen

- Familiensplitting
- Teilsplitting
- Realsplitting ...

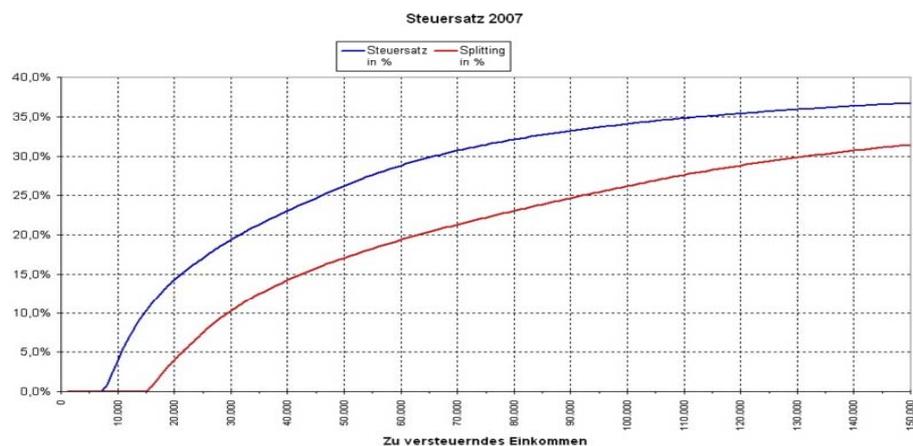
SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

41



Durchschnittssteuersatz mit und ohne Ehegattensplitting in einem Ein-Verdiener-HH



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

42



Ergänzung zum EGS:
weitere Familien(Sozial-)politische Maßnahmen im dt. Est.-
System

Familienleistungsausgleich

- Alter Streit: Kinderfreibeträge oder Kindergeld?
 - nach Leistungsfähigkeitsprinzip: Kinderfreibeträge
 - nach Sozial-/Familienpolitik: Kindergeld
- Seit 1996: „Optionsmodell“
 - alternative Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen oder Kindergeld
 - automatische Günstigerprüfung bei Veranlagung/Lohnsteuerverfahren



Klausuraufgabe

Das dt. Einkommenssteuerrecht ist kompliziert.

- a) Nennen Sie die verschiedenen Einkommensarten, trennen Sie nach Überschuß- und Gewinneinkommensarten und setzen Sie diese Unterscheidung in Bezug zur Reinvermögenszugangs- und Quellentheorie. (8 Pkt)

siehe Vorlesungsfolien und f.F. – Nennaufgabe!

- b) Erläutern Sie das Problem der kalten Progression und beschreiben Sie einen geeigneten Lösungsansatz. (3 Pkt)

Problem der Progressionsstufen ähnlich dem Ehegattensplitting gelagert.
An dieser Stelle erhöht sich aber die Progressionsstufe, wenn Inflation auftritt → Anpassung des Tarifs und insbesondere der Stufengrenzen!



A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.1. Die deutsche Einkommensbesteuerung – Enumerationsprinzip – zur Aufgabe Folie 43

1. Enumerationsprinzip

Deutsches Einkommensteuergesetz: § 2 Abs. 3 EStG

- Land- und Forstwirtschaft
- Gewerbebetrieb
- selbständige Arbeit
- nicht selbständige Arbeit
- Kapitalvermögen
- Vermietung und Verpachtung
- sonstige Einkünfte (d.h. aber nicht alle übrigen Einkommen, Auflistung im § 22 EStG)

Gewinneinkünfte

Überschusseinkünfte

Reinvermögens-
zugangstheorie
(Wertzuwächse
werden nur
teilweise erfasst)

Quellentheorie
(Ermittlung nach
Nominalwert-
Prinzip)

[– ausländische Einkünfte]



Klausur WS 2005/2006 – freiwillige Hausaufgabe;)

1. Die Einkommensbesteuerung in Deutschland folgt dem Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit.

a) Erläutern Sie den Begriff der kalten Progression und erklären Sie,
weshalb kalte Progression einen Verstoß gegen das
Leistungsfähigkeitsprinzip darstellt. (10 Pkt.)

b) Gegeben sei folgender Tarif:

0 für $x < 50$

$t(x) = 0.005 (x - 50)^2$ für $x < 100$

0,5 ($x - 75$) für $x \geq 100$

Wie muss der Tarif angepasst werden, wenn eine Inflation von 10 %
auftritt und kalte Progression verhindert werden soll? Ermitteln Sie
den neuen Tarif. (10 Pkt.)



Begriffe

- unbeschränkte Steuerpflicht
- Welteinkommensprinzip
- Quellentheorie
- Reinvermögenszugangstheorie
- Familiensplitting
- Abgeltungsteuer
- Kalte Progression
- Halbeinkünfteverfahren
- Jahresperiodizitätsprinzip
- Territorialprinzip



B. Sozialpolitik

allg zu B.1. Systeme der sozialen Sicherung

Formen:

Individualversicherung: (Beispiel: Lebensversicherung?)

- Reines Privatversicherungssystem (PVS) – neoklassisches Idealbild, aber partielles Marktversagen (MV) durch reale Risikoneigung der HH, korrelierte Risiken, relative Armut, Risikoauslese, individuelle Zeitpräferenzen etc.

Staatsbürgerversorgung: (Beispiel: Sozialversicherungspflichtbereiche?)

- Sozialversicherung (SV) – Basis für dt. System, aber historisches MV in Arbeiterversicherung (Monopol) → Ausdehnung des Personenkreises
- Versorgungssystem – Versorgung oberhalb sozio-kulturellen Existenzminimums, Care-System (Beispiel: ALG II?)
- Fürsorgesystem – Grundsicherung, z.B. in Höhe des s.k.EM., Aid-System
(je Anstrich graduelles Sinken der Staatsbürgerversorgung)

Mischsysteme:

- Reguliertes PVS – Ausnahmereiche, aber auch hier Prinzipal Agent Problem (Beispiel: Haftpflichtversicherung-Auto?)
- SV mit reguliertem PVS -Bismarck System, heutiges dt. System (Beispiel Krankenversicherung?)



B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

Sozialstaat nach Bismarck: Säulen der sozialen Sicherung heute

Sozialversicherung	Versorgung	Förderung	Grundsicherung
Krankenversicherung: SGB V Pflegeversicherung: SGB XI	Beamte Richter Soldaten	Kinder/Jugend Hilfe: SGB VIII	Arbeitssuchende: SGB II
Rentenversicherung: SGB VI	Kriegsopfer Wehr- und Zivil- dienstleistende	Kindergeld, Erziehungsgeld	Alte/Erwerbs- unfähige: SGB XII
Unfallversicherung: SGB VII	Schwerbehinderte SGB IX	Wohngeld	Sozialhilfe SGB XII
Arbeitslosenversicherg. Arbeitsförderung: SGB III	Impfgeschädigte Opfer von Gewalttaten	Ausbildungsförderung: BAFöG, SGB III	AsylbLG

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

49



Weitere Begriffe:

- Kurzarbeitergeld
- ALG II / ALG I
- Fürsorgesystem/ Vorsorgesystem/
Versicherungssystem
- Rentenartfaktor/ PEP/ Zugangsfaktor...
- Bismarck-System/ Beveridge-System/ Aid-System...
- Gesundheitsprämie/ Bürgerversicherung
- Umlageverfahren/ Kapitaldeckung
- Generationvertrag
- Moral Hazard/ Adverse Selektion/ verzerrte Präferenzen
- Pflegeversicherung

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

50



Reines Privatversicherungssystem, ein Beispiel (Marktversagen durch Moral Hazard)

Erdbebengebiet – Wahrscheinlichkeit des Eintritts 60 Prozent
Entscheidungssituation ohne Versicherungsmarkt:

Aktion/Zustand	Erdbeben	Kein Erdbeben	Erwartungswert
Erdbebensicheres teures Haus bauen	Kleiner Schaden -10	Miete gespart 10	$0,6(-10) + 0,4(10)$ = -2
Normales billiges Haus bauen	Großer Schaden -100	Miete und hohe Baukosten gespart 80	$0,6(-100) + 0,4(80)$ = -28

Entscheidungssituation mit Versicherungsmarkt:

Aktion/Zustand	Erdbeben	Kein Erdbeben	Erwartungswert
Erdbebensicheres Haus bauen	-10	10	-2
Normales billiges Haus bauen	-100	80	-28
Erdbeben-s. Haus + Versicherung	-6	4	2
Norm. Haus + Versicherung	-6	74	28

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

51



B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.1. Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) – Aufgaben und Leistung (1)

Rentenarten (RAF):

- Regelaltersrente,
- Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
- Hinterbliebenenrenten.

RAF: Grundsätzliche Zielvorstellung: Welches Sicherungsziel liegt vor? Wer soll wie hoch abgesichert werden?

PEP: Zielvorstellung der Leistungsgerechtigkeit. Hier besteht aber Trade-Off zwischen Beitragsäquivalenz und Umverteilungszielen.

Rentenberechnung über:

die persönliche Beitragsdauer, die Beitragshöhe (PEP) sowie die allgemeine durchschnittliche Lohnentwicklung (AR).

AR: Stetig politisch verhandelter Wert. Renten sollten hierdurch i.d.R. inflationsneutral sein, am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben sowie nachhaltig sein.

Rentenformel $R = PEP * RAF * AR$:

- „persönliche Entgeltpunkte“ PEP (inkl. „Zugangsfaktor“ ZF),
- „Rentenartfaktor“ RAF,
- „Aktueller Rentenwert“ AR → Monatsrente.

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

52



Eure Fragen zu alten Klausuraufgaben

1. SS 2007 A1 Teil a, c – A-F-Modell Aufkommensneutralität, Tariftypen- und – funktionen bei Kopfsteuer und proportionaler Einkommensteuern + Unterschied Slutsky-Hicks

Aufkommensneutralität: Das Steueraufkommen t bei Einführung einer proportionalen ESt. Soll konstant gehalten werden und über eine Kopfsteuer generiert werden. Das entspricht dem Vorgehen nach Slutsky. Unterschied Slutsky-Hicks: Vorgehensweise, um EE und somit SE zu bestimmen.

Tariffunktion: Steuerbetragsfunktion, Durchschnittssteuersatzfunktion, Grenzsteuersatzfunktion. Tariftyp: Progression (beschleunigt, linear oder verzögert) Proportionalität oder Regression (b., l., v.). Hier: Kopfsteuer-Regression, prop.ESt.-Proportionaler Typ. Zu den Steuerfunktionen schaut bitte nochmal in die erste Übung!

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

53



Eure Fragen zu alten Klausuraufgaben

2. SS 2009 A2 Teil a – Grenzsteuersatzberechnung 2. und 3. Einkommenstufe, Progressionsstufen

Einkommenshöhen müssen den einzelnen Einkommenszonen zugeordnet werden und dann durch einsetzen in den jeweiligen Tarifbereich errechnet werden → t . Der Durchschnittsteuersatz ergibt sich aus t/x . Der Grenzsteuersatz, wenn nicht direkt über proportionale Tarifzone ersichtlich, kann näherungsweise durch einen Einkommenszuwachs von 1 Euro und der sich ergebenden Änderung in t errechnet werden, dt/dx , wobei $dx=1\text{Euro}$. Der Progressionstyp wird über die Durchschnittsteuersatzfunktion bestimmt, sagt aus wie stark die Zunahme der steuerlichen Belastung bei steigendem Einkommen ist. Egal ob man sich die Grenzsteuersatzfunktion dieses ESt-Tarifs oder die Durchschnittsteuersatzfunktion ansieht (siehe Folien aus der Vorlesung) – Die Krümmung ist in den 5 Einkommenszonen stark unterschiedlich, Zone 1=0, Zone 2=stark, Zone 3=moderat, Zone 4 und 5=flach → Progressionsstufen (siehe auch folgende Folie zur Veranschaulichung).

SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

54

Zu versteuerndes Einkommen	2009			2010		
	Steuerbetrag	Steuersatz	Grenzsteuersatz	Steuerbetrag	Steuersatz	Grenzsteuersatz
8.000 €	23 €	0,3%	14,3%	- €	0,0%	0,0%
8.500 €	97 €	1,1%	15,3%	71 €	0,8%	14,9%
9.000 €	176 €	2,0%	16,2%	148 €	1,6%	15,8%
9.500 €	259 €	2,7%	17,1%	229 €	2,4%	16,7%
10.000 €	347 €	3,5%	18,1%	315 €	3,2%	17,6%
10.500 €	440 €	4,2%	19,0%	406 €	3,9%	18,6%
11.000 €	537 €	4,9%	20,0%	501 €	4,6%	19,5%
11.500 €	639 €	5,6%	20,9%	600 €	5,2%	20,4%
12.000 €	746 €	6,2%	21,8%	705 €	5,9%	21,3%
12.500 €	857 €	6,9%	22,8%	813 €	6,5%	22,2%
13.000 €	974 €	7,5%	23,7%	927 €	7,1%	23,1%
14.000 €	1.215 €	8,7%	24,4%	1.165 €	8,3%	24,2%
15.000 €	1.460 €	9,7%	24,8%	1.410 €	9,4%	24,7%
16.000 €	1.711 €	10,7%	25,3%	1.659 €	10,4%	25,1%
17.000 €	1.966 €	11,6%	25,7%	1.912 €	11,2%	25,6%
18.000 €	2.225 €	12,4%	26,2%	2.171 €	12,1%	26,0%
19.000 €	2.490 €	13,1%	26,6%	2.433 €	12,8%	26,5%
20.000 €	2.758 €	13,8%	27,1%	2.701 €	13,5%	27,0%
21.000 €	3.032 €	14,4%	27,6%	2.972 €	14,2%	27,4%
22.000 €	3.309 €	15,0%	28,0%	3.249 €	14,8%	27,9%
23.000 €	3.592 €	15,6%	28,5%	3.530 €	15,3%	28,3%
24.000 €	3.879 €	16,2%	28,9%	3.815 €	15,9%	28,8%
26.000 €	4.466 €	17,2%	29,8%	4.400 €	16,9%	29,7%
28.000 €	5.072 €	18,1%	30,7%	5.004 €	17,9%	30,6%
30.000 €	5.696 €	19,0%	31,6%	5.625 €	18,8%	31,5%
32.000 €	6.338 €	19,8%	32,6%	6.265 €	19,6%	32,4%
34.000 €	6.998 €	20,6%	33,5%	6.923 €	20,4%	33,4%
36.000 €	7.677 €	21,3%	34,4%	7.599 €	21,1%	34,3%
38.000 €	8.373 €	22,0%	35,3%	8.294 €	21,8%	35,2%
40.000 €	9.088 €	22,7%	36,2%	9.007 €	22,5%	36,1%
42.000 €	9.821 €	23,4%	37,1%	9.738 €	23,2%	37,0%
44.000 €	10.573 €	24,0%	38,0%	10.488 €	23,8%	37,9%
46.000 €	11.343 €	24,7%	38,9%	11.256 €	24,5%	38,9%
48.000 €	12.130 €	25,3%	39,8%	12.042 €	25,1%	39,8%
50.000 €	12.936 €	25,9%	40,8%	12.847 €	25,7%	40,7%
52.000 €	13.761 €	26,5%	41,7%	13.669 €	26,3%	41,6%
54.000 €	14.616 €	27,1%	42,0%	14.508 €	26,9%	42,0%
56.000 €	15.456 €	27,6%	42,0%	15.348 €	27,4%	42,0%
58.000 €	16.296 €	28,1%	42,0%	16.188 €	27,9%	42,0%
60.000 €	17.136 €	28,6%	42,0%	17.028 €	28,4%	42,0%
64.000 €	18.816 €	29,4%	42,0%	18.708 €	29,2%	42,0%
68.000 €	20.496 €	30,1%	42,0%	20.388 €	30,0%	42,0%
72.000 €	22.176 €	30,8%	42,0%	22.068 €	30,7%	42,0%
76.000 €	23.856 €	31,4%	42,0%	23.748 €	31,2%	42,0%
80.000 €	25.536 €	31,9%	42,0%	25.428 €	31,8%	42,0%



Eure Fragen zu alten Klausuraufgaben

3. WS 2005/2006 A1 a, b – kalte Progression, Indexierung oder sukzessive Tarifanpassung

Kalte Progression besteht, wenn einem Einkommenszuwachs keine erhöhte Kaufkraft gegenüber steht (oder ein gesamtwirtschaftliches Wirtschaftswachstum besteht) und wir eine progressive Einkommensbesteuerung haben. Durch Erhöhung des absoluten Einkommens rutsche ich entweder in eine höhere Progressionsstufe (Bsp. Indirekte Progression) oder mein Durchschnitts- und Grenzsteuersatz steigt allein wegen des direkt progressiven Tarifs. Mein Real-Einkommen nach Abzug der Steuern ist demzufolge gesunken (siehe z.B. nächste Folie und suche ein Zahlenbeispiel).

Gegenmaßnahmen: a) Indexierung: Bsp. Y(2009) auf Basisjahr ohne Inflation herunter rechnen, Tarif von Basisjahr anlegen, $t(\text{Basisjahr})$ inflationieren → Kaufkraft Y(2009) = Kaufkraft Y(Basisjahr)

b) Tarif anpassen: 0-55 → $t=0$; 55-110 →

$t=0,005(x-55)^2/1,1$; 110-open end → $0,5(x-82,5)$



Tarif: $t(x) = 0,005x^2$ mit $x = \text{Einkommen}/1.000$
Geben Sie anhand der Tabelle ein Beispiel für den Splittingvorteil! Wie wirkt ein zusätzlicher Freibetrag?

Equation:
 $\text{power}(2)*0,005$

Table of Values:

x	y
0	0,00
6	0,18
12	0,72
18	1,62
24	2,88
30	4,50
36	6,48
42	8,82
48	11,52
54	14,58
60	18,00
66	21,78
72	25,92
78	30,42
84	35,28
90	40,50
96	46,08
102	52,02
108	58,32
114	64,98
120	72,00
126	79,38
132	87,12
138	95,22
144	103,68

Übersicht/Calculator/Textline
www.kip.kip.de



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

57



Eure Fragen zu alten Klausuraufgaben

4. Poverty-Gap vs. Social-Dividend Type, z.B. SS 2007 A2

Beide Modelle wollen Steuer- und Transferbereich integrieren. Hat man sich auf ein Existenzminimum (Rhys-Williams, x_B) oder eine Grenze ab der Steuern gezahlt werden sollen (Friedman, x_K) geeinigt, muss über den Transferabbausatz ein Arbeitsanreiz geschaffen werden, der den nahtlosen Übergang vom Transferempfang zur Steuerzahlung gewährleisten kann. Entsprechend landen wir bei Rhys-Williams bei einem x_K mit erhöhter Transferempfängerzahl der sozialen Dividende und bei Friedman bei einem x_B , welches das gesellschaftlich erachtete Existenzminimum nicht deckt, dem Poverty Gap. (Alternative Darstellung zu Vorlesungsfolien, siehe f.F.)

5. Gesundheitsfond – Morbiditätszuschlag

Siehe z.B. http://www.bundesversicherungsamt.de/nn_1046668/DE/Risikostrukturausgleich/Wie_funktioniert_Morbi_RSA,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Wie_funktioniert_Morbi_RSA.pdf

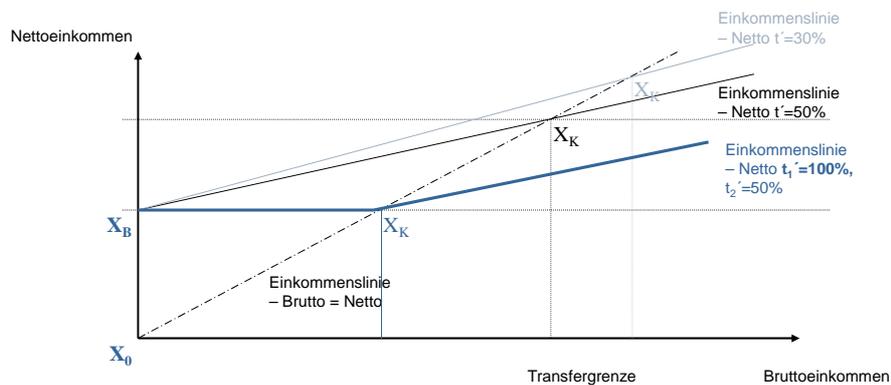
SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

58



Alternative Darstellung Negative Einkommensteuer SDT – fixes x_B



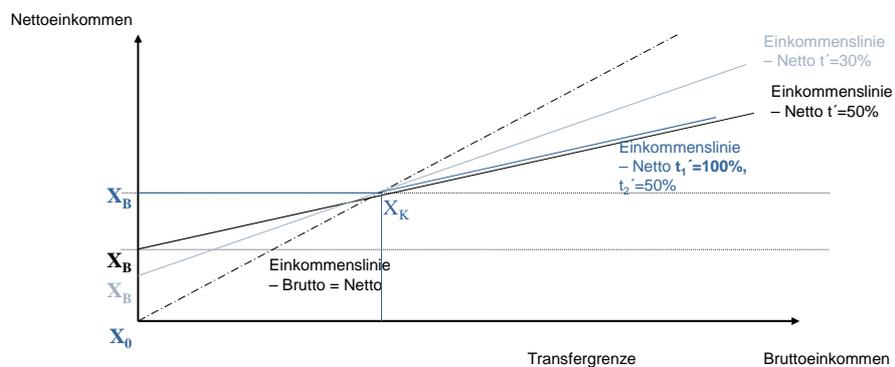
SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

59



Alternative Darstellung Negative Einkommensteuer PGT – fixes x_K



SS 2010

Steuer- und Sozialpolitik (K)
Modul BA Ü 400 Fiwi

60